

KT-Drucks. Nr. 078/2021

Landratsamt Böblingen, Postfach 1640, 71006 Böblingen

Der Landrat

**Dezernent / Erster
Verkleiter**

Martin Wuttke
Telefon 07031-663 1201
Telefax 07031-663 1999
m.wuttke@lrabb.de

Az:
09.04.2021

**Oberflächenabdichtung der ehemaligen Deponie Leonberg
- Werksausschuss**

I. Vorlage an den

Umwelt- und Verkehrsausschuss
zur Beschlussfassung

03.05.2021
öffentlich

II. Beschlussantrag

1. Die Arbeiten zum Bau der Oberflächenabdichtung der Kreismülldeponie Leonberg werden an die Firma Geiger Umweltsanierung GmbH & Co. KG, Hewlett-Packard-Straße 1 in 71083 Herrenberg zum Angebotspreis von brutto 9.768.838,83 Euro vergeben.
2. Die Geotechnische und Kunststofftechnische Fremdüberwachung der Baumaßnahme wird an die Firma ICP Prüfungsgesellschaft mbH,

Karlsruhe, zum Angebotspreis von brutto 495.966,17 Euro vergeben.

3. Die „Fremdüberwachung Boden“ der Baumaßnahme wird an Büro für Bodenmikromorphologie und Bodenbiologie - Dr. Otto Ehrmann, Münsterseestr. 6 in 97993 Creglingen zum Angebotspreis von brutto 172.877,25 Euro vergeben.
4. Die Aufträge werden erst mit Unterschrift des Bau-/Dienstleistungsvertrages wirksam.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, als Ersatz für die entfallende Schadstoffannahmestelle an der ehemaligen Deponie Leonberg eine neue Schadstoffsammelstelle auf dem Gelände des Wertstoffhofes in Renningen-Malmsheim zu errichten. Die dafür notwendigen Arbeiten sind öffentlich auszuschreiben und dem Werksausschuss des AWB zur Vergabeentscheidung vorzulegen.

III. Begründung

1. Allgemeines

Etwa ab dem Jahr 1973 wurde auf der Gemarkung Leonberg im Gewann Rübenloch von der Stadt Leonberg Müll abgelagert. Erst ab dem Jahr 1973 übernahm der Landkreis als entsorgungspflichtige Körperschaft die Deponie. Die Verfüllung der KMD Leonberg mit nicht vorbehandelten Siedlungsabfällen wurde nach vollständiger Ausschöpfung des Deponievolumens Ende 1999 und zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme des RMHKW in Böblingen beendet. Bis dahin wurden auf einer Fläche von rund 23 ha über 5 Mio. m³ Abfälle abgelagert.

Das anfallende Deponiesickerwasser wird über zwei Transportleitungen ohne eine Vorbehandlung auf der Deponie in das städtische Kanalsystem eingeleitet und in der Gemeinschaftskläranlage Mittleres Glemstal (Leonberg) gereinigt. Seit 1994 wird das anfallende Deponiegas thermisch in einem Gasmotor vor Ort verwertet. Infolge zurückgehender Gasmengen und teilweiser Reduzierung des Methangehaltes im Deponiegas, wurde im Jahr 2015 zusätzlich eine Schwachgasverwertungsanlage zur weiteren Reduzierung von Methangasemissionen eingerichtet.

Aufgrund der relativ langen zeitlichen Entwicklungsgeschichte der Deponie über annähernd 50 Jahre, fehlt der Deponie über weite Bereiche eine qualifizierte Abdichtung an der Basis. Sickerwasser aus den älteren Deponieteilen kann daher bis

heute nicht direkt über eigene Sickerwasserdrainagen erfasst werden. **Primäres Ziel der Oberflächenabdichtung ist daher der qualifizierte langfristige Grundwasserschutz im Umfeld der Deponie.**

Auf Grundlage des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) in Verbindung mit der integrierten Deponieverordnung (DepV) erteilte das Regierungspräsidium Stuttgart im März 2021 für das eingereichte Abdichtungssystem, eine mineralische Dichtung in Kombination mit einer Kunststoffdichtungsbahn, die Genehmigung. Die notwendigen Abdichtungsarbeiten und deren technische Ausführung wurden dem Umwelt- und Verkehrsausschuss als Werksausschuss in seiner Sitzung am 20.10.2020 unter der KT-DS 194/2020 vorgestellt. Beschlossen wurde, die für den Bau der Oberflächenabdichtung notwendigen Arbeiten auszuschreiben. Dies ist zwischenzeitlich erfolgt.

2. Ausschreibung der Bauleistung

Mit der Bekanntmachung am 09.02.2021 im Ausschreibungsblatt der Europäischen Union wurde die Ausschreibungsphase zum Bau der Oberflächenabdichtung gestartet.

Zum Submissionstermin am 24.03.2021 wurden vier Angebote termingerecht und vollständig abgegeben. Darunter ist eine Arbeitsgemeinschaften mit 2 Bietern. Auf Grund der genehmigungsrechtlich festgelegten Abdichtungsausführung konnten keine Nebenangebote oder Sondervorschläge zugelassen werden.

	Firma	Firmensitz
1	STRABAG Umwelttechnik GmbH	40470 Düsseldorf
2	Geiger, als Arbeitsgemeinschaft Geiger Umweltsanierung GmbH & Co. KG u. Zech Umwelt GmbH, ZNL Ulm	87561 Oberstdorf 89077 Ulm
3	J. Friedrich Storz GmbH & Co.KG	78253 Eigeltingen
4	Joos Umwelttechnik GmbH	79258 Hartheim

Die vier Angebote weisen große Preisunterschiede auf. Die Angebotssummen liegen zwischen 9.768.838,83 Euro und 19.490.424,60 Euro, jeweils brutto.

Die fachtechnische und rechnerische Prüfung der Angebote ergab, dass die Firma Geiger Umwelt Sanierung GmbH & Co. KG mit einer Angebotssumme in Höhe von

9.768.838,83 Euro einschließlich MwSt. das günstigste Angebot abgegeben hat. Zur Auftragsabwicklung beabsichtigt die Firma Geiger Umweltsanierung, mit der Firma Zech Umwelt GmbH (Zweigniederlassung Ulm) eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zu bilden.

Mit der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft wurde am 12.04.21 ein Bietergespräch zur Aufklärung der Preisgestaltung des Gesamtangebotes sowie des Angebotsinhaltes durchgeführt. Die Auskömmlichkeit sowie der geforderte Angebots- bzw. Auftragsinhalt wurde bestätigt.

Die Bieter-/Arbeitsgemeinschaft hat alle geforderten Nachweise vollständig beigebracht. Beide Unternehmen sind auf die ausgeschriebene Leistung sowohl maschinentechnisch, als auch personell sehr gut eingerichtet. Vergleichbare Arbeiten führten beide Firmen in der Vergangenheit zuverlässig und erfolgreich durch, die Firma Geiger auch in angrenzenden Landkreisen.

Als Tochterunternehmen der Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG gehört die Geiger Umweltsanierung zur Geiger-Unternehmensgruppe mit Hauptsitz in Oberstdorf im Allgäu. Liefern, Bauen, Sanieren und Entsorgen sind seit Jahrzehnten die Schwerpunkte des mittelständisch geprägten Familienunternehmens mit rund 2.000 Mitarbeitern. Betreut wird die Baumaßnahme durch die Niederlassung in Herrenberg.

Die Zech Umwelt GmbH (mit der Zweigniederlassung in Ulm) ist Teil der Zech Group SE mit Hauptsitz in Bremen. Als mittelständisches, international tätiges Unternehmen mit über 9.000 Mitarbeitern agiert die Zech Group in den Bereichen Building, Real Estate und Hotel. Das Leistungsangebot der ZECH Umwelt GmbH umfasst Erd- und Deponiebau, Baugruben, Rückbau, Altlastensanierung und Flächenrecycling sowie Wasser- und Bodenluftreinigung.

An der Eignung beider Firmen besteht somit kein Zweifel.

Die Arbeiten zur Oberflächenabdichtung beginnen Anfang Juni. Im Jahr 2021 sind insbesondere recht umfangreiche Vorarbeiten (Entwässerungsbauten, Stromumlegung) und der Testfeldbau zu erledigen. Großflächige Abdichtungsarbeiten beginnen nach der ersten Rodung im Winter 2021/22 erst im Jahr 2022. Die Fertigstellung der Gesamtbaumaßnahme ist für Ende Dezember 2025 vorgesehen.

3. Ausschreibung der Fremdüberwachung der Baumaßnahme

Die Deponieverordnung (DepV) regelt die Material- und Prüfungsanforderungen zur Herstellung von Deponieabdichtungssystemen sowohl für den Auftraggeber (Fremdprüfung) als auch für die bauausführende Firma (Eigenprüfung). Für den Einbau und die Prüfung der zu verarbeitenden Materialien, Komponenten und Systeme wurde in der Planungsphase auf Grundlage der Vorgaben der DepV und des Bundeseinheitlichen Qualitätsstandards (BQS) 9-1 für Deponien ein Qualitätsmanagementplan erstellt und dem Regierungspräsidium vorgelegt.

a) Ausschreibung der Geotechnischen und Kunststofftechnischen Fremdüberwachung

Die Ingenieurleistungen zur Qualitätssicherung der mineralischen und kunststofftechnischen Dichtung wurden öffentlich in der EU ausgeschrieben. An diesem Wettbewerb beteiligten sich die nachfolgenden Büros.

	Firma	Firmensitz
1	ICP Prüfungsgesellschaft mbH	76227 Karlsruhe
2	Limes GmbH	45329 Essen

Beide Büros konnten die geforderten Qualifikationsnachweise (Akkreditierung) und Referenzen erbringen und ihre Leistungsfähigkeit nachweisen.

Die fachtechnische und rechnerische Prüfung der Angebote ergab, dass die ICP Prüfungsgesellschaft mbH aus Karlsruhe mit einer Angebotssumme in Höhe von 495.966,17 Euro einschließlich MwSt. das günstigste Angebot abgegeben hat.

Vergleichbare Fremdüberwachungen bei Deponieoberflächenabdichtungen wurden durch ICP u.a. auf der Deponie Backnang-Steinbach im Landkreis Rems-Murr und den Deponien „Grund“ und „Unter Kaltenbuch“ im Alb-Donau-Kreis durchgeführt.

b) Ausschreibung der Bodenkundlichen Baubegleitung (BBB) mit Standortgutachten

Die Leistungen zur Qualitätssicherung der Bodenrekultivierung mit mineralischen Baustoffen für eine forstliche Bepflanzung wurden öffentlich bundesweit ausgeschrieben. An diesem Wettbewerb beteiligte sich nur das nachfolgende Büro.

	Firma	Firmensitz

1	Büro für Bodenmikromorphologie und Bodenbiologie - Dr. Otto Ehrmann	97993 Creglingen
---	---	------------------

Die fachtechnische und rechnerische Prüfung des Angebotes ergab, dass das Büro für Bodenmikromorphologie und Bodenbiologie mit einer Angebotssumme in Höhe von 172.877,25 Euro einschließlich MwSt. ein marktübliches, angemessenes Angebot erstellt hat. Die Kostenberechnung, die vor der Ausschreibung im Auftrag des AWB erstellt wurde, belief sich auf knapp 180.000 Euro brutto. Das Büro Dr. Ehrmann brachte alle geforderten Qualifikationsnachweise und Referenzen bei. In den vergangenen Jahren betreute das Büro auch im Landkreis Böblingen mehrere Rekultivierungen mit Bodeneinbau und erstellte Standortgutachten.

4. Auswirkungen auf die Schadstoffannahmestelle

Im Eingangsbereich der Deponie befindet sich eine Annahmestelle für Schadstoffe, die überwiegend von Anliefernden aus dem Nordkreis genutzt wird und ausschließlich dienstags geöffnet ist. Aufgrund der beengten Platzverhältnisse im Bereich der Schadstoffannahme (die Nutzer der Schadstoffsammelstelle müssen z.B. ihr Fahrzeug auf der Deponiezufahrt parken) muss mit Baubeginn Anfang Juni der Betrieb der Schadstoffsammelstelle eingestellt werden. Ein Weiterbetrieb parallel zum Baustellenverkehr wäre für die Anliefernden zu gefährlich und ist nicht verantwortbar. Da die Schadstoffsammelstelle außerdem nicht mehr den gesetzlichen und technischen Anforderungen entspricht, müssten ohnehin zeitnah auch an diesem Standort umfangreiche Investitionen getätigt werden. Die notwendige zusammenhängende Fläche für eine Ertüchtigung steht - auch nach Bauende - auf der Deponie jedoch nicht zur Verfügung.

Durch den Wegfall der Schadstoffsammelstelle ergeben sich für die Bürgerinnen und Bürger des Nordkreises erheblich längere Wege für die Entsorgung ihrer Schadstoffe, denn die nächstgelegene Abgabestelle befindet sich auf dem Wertstoffhof in Böblingen-Hulb. Um für die Bevölkerung im Raum Leonberg auch in Zukunft eine wohnortnahe Entsorgungsmöglichkeit für Schadstoffe anzubieten, soll eine neue Sammelstelle im nördlichen Landkreisgebiet errichtet werden. Um mögliche Synergien nutzen und auch die Annahmezeiten der Sammelstelle künftig erweitern zu können, macht eine Angliederung der Sammelstelle an eine bestehende AWB-Einrichtung Sinn.

Da auf der Gemarkung Leonberg hierfür kein nutzbares Grundstück zur Verfügung steht, schlägt der AWB die Verlagerung der Schadstoffsammelstelle auf das Gelände des Wertstoffhofs in Renningen- Malsheim vor. Das dort im Eigentum des AWB befindliche Grundstück ist gut geeignet, liegt verkehrsgünstig im Nordkreis und durch

den bestehenden Wertstoffhof und die damit verbundenen personellen Synergieeffekte könnten die Annahmezeiten der Sammelstelle deutlich ausgeweitet werden.

Die beiden betroffenen Städte sind über die geplante Verlagerung informiert.

Zunächst muss die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens geprüft werden. Ist diese gegeben, wird ein Planungsauftrag zur Erstellung der Antragsunterlagen für einen Bauantrag bei der Stadt Renningen erteilt. Wenn die Baugenehmigung vorliegt, sollen die erforderlichen Arbeiten öffentlich ausgeschrieben und das Ergebnis dem Werksausschuss des AWB zur Vergabeentscheidung vorgelegt werden.

IV. Finanzielle Auswirkungen

Der Bau der Oberflächenabdichtung der Kreismülldeponie Leonberg sowie die Ertüchtigung der Entgasung werden aus Deponie-Nachsorgerückstellungen finanziert. Diese Maßnahme hat damit keine Auswirkungen auf die Gebührenkalkulation. Die erforderlichen Finanzmittel stehen laut mittelfristigem Investitions- und Vermögensplan 2021 zur Verfügung.

Für den Bau einer neuen Schadstoffannahmestelle wurden im Investitionsplan des Wirtschaftsplans 2021 des AWB 600.000 Euro eingestellt



Roland Bernhard



Martin Wuttke